Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 7. Jänner 1920, Nr. 7.

Die Wohnungsanforderungen in der ersten Dezemberwoche. Von 1. bis 7. Dezember wurden in Wien 651 Wohnungen und 177 Einzelwohnräume angefordert. Darunter befanden sich 3 Spielrwohnungen. Die angeforderten Wohnungen bestehen aus 1240 Zimmern, 385 Kabinetten, 648 Küchen, 274 Vorzimmern, 112 Dienerzimmern und 94 Badezimmern. Der Anforderungsbescheid tritt in der genannten Woche bei 152 Wohnungen und 61 Einzelwohnräumen in Kraft. 15 von diesen Einzelräumen befinden sich in 2 Hotels. Die Wohnungen, bei denen die Anforderung in Rechtskraft erwachsen ist, umfassen 264 Zimmer, 106 Kabinette, 148 Küchen, 47 Vorzimmer, 19 Dienerzimmer und 19 Badezimmer.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 7. Jänner 1920, Nr. 8.

Die Bankverbindung der Gemeinde Wien. Der Stadtrat hat heute beschlossen, für das Jahr 1920 die Länderbank in unveränderter Weise mit der Besorgung der Bankgeschäfte der Kommune Wien zu betrauen.

Von der Strassenbahn. Aus Anlass eines Referates über verschiedene Strassenbahnwünsche der Gemeinde Mauer regte StR. Josef Müller (chr. soz.) in der heutigen Sitzung des Stadtrates an, es mögen in Hinkunft die Strassenbahnwagen, welche nach Betriebschluss eingezogen werden, Fahrgäste aufnehmen können. Jetzt geschehe es wiederholt, dass solche Wagen leer zu den Remisen zurückfahren. Dadurch entgingen der Gemeinde nicht geringe Mehreinnahmen. Das Publikum würde gewiss sehr gerne die Nachgebühr bezahlen. Bgm. Reumann erklärte, dass er diese Anregung auch schon gegeben habe. Der Referent StR. Weigl bemerkte im Schlussworte, es wundere ihn, dass diese Frage noch nicht gelöst sei, da er schon vor Wochen den Auftrag an die Direktion der Strassenbahn habe gelangen lassen, dass von den zur Einziehung kommenden Wagen Fahrgäste aufzunehmen seien. Er werde sich nochmals mit der Direktion der Strassenbahnen ins Einvernehmen setzen.

Hotel- und Gasthausverpachtung. Der Betrieb des Caathöfes, der Gast- und Kaffeewirtschaft in Rodau, Liesingerstrasse 18 (vorm. Simader) wird zum 1. Februar 1920 im Wege einer öffentlichen Ausschreibung verpachtet. Die Konzession umfasst alle Berechtigungen des § 16 der Gewerbeordnung ausser Ausschank von Kunst- und Halbweinen. Die Pachtdauer wird vorläufig mit 2 Jahren festgesetzt. Der Pächter hat eine Kaution von 15.000 Kronen zu erlegen. Die ausführlichen Bedingungen liegen samt dem Verzeichnis des Inventars bei dem Bürgermeisteramt Rodau, der Genossenschaft der Gast- und Schankgewerbetreibenden in Liesing, der Gewerbevereinsgesellschaft der Gastwirte in Wien, der Direktionskanzlei der städtischen Strassenbahnen in Wien und der Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung der städtischen Strassenbahnen in Wien, VI., Rahlgasse 3, zur allgemeinen Einsicht auf. Bei letzterer können auch die Gebäudeplätze eingesehen werden. Zum Zwecke der Vergebung wird eine allgemeine öffentliche Offertverhandlung für Samstag, den 17. Jänner 1920 anberaumt, die im Sitzungssaale der Direktion der städtischen Strassenbahnen in Wien, IV., Favoritenstrasse 11, um 10 Uhr vormittags abgehalten wird. Die Angebote sind stempelfrei an die Direktion in verschlossener Briefhülle mit der Aufschrift „Zur Offertverhandlung für die Verpachtung der Gastwirtschaft in Rodau, Liesingerstrasse 18“ zu richten und müssen bis zum 16. Jänner 1920 bei der Direktionskanzlei eintreffen oder spätestens vor Eröffnung der Offertverhandlung der Kommission übergeben werden. Der Bewerber muss die gewerberechtliche Eignung zum selbständigen Betrieb des Gast- und Schankgewerbes besitzen. Weiters hat er ein Vadium von 10 % der Kaution, d. s. 1500 K bei der Hauptkasse der städtischen Strassenbahnen in Wien, VI., Rahlgasse 3, bis 16. Jänner 1920 oder bei der Offertverhandlung selbst zu erlegen. Weitere Auskünfte erteilt die Abteilung für Hochbau und Gebäudeerhaltung der städtischen Strassenbahnen.

Haustorsperre. StR. Iser (Soz. Dem.) berichtete in der heutigen Sitzung des Stadtrates über den vom Gemeinderate Jenschick gestellten Antrag, betreffend die Verlegung der Haustorsperre von 8 auf 9 Uhr. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der Beibehaltung der Sparmassnahmen beantragte der Referent im Einvernehmen mit dem Magistrat den Antrag abzulehnen. StR. Dr. Grün (Soz. Dem.) machte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, dass in vielen Häusern die Haustore zwar um 8 Uhr abends gesperrt werden, aber die Beleuchtung bis 9 Uhr und $\frac{1}{2}$ 10 Uhr abends weiter funktioniere. Der Referent bemerkte, dass er von dieser Mitteilung den zuständigen Ueberwachungsstellen Kenntnis geben werde. Der Referentenantrag wurde angenommen.